

Der sächsische Erzähler,

Bezirksanzeiger für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

Amtsblatt der Agl. Amtshauptmannschaft, der Agl. Schulinspektion u. des Agl. Hauptzollamtes zu Bautzen, sowie des Agl. Amtsgerichts und des Stadtrathes zu Bischofswerda.

Diese Zeitschrift erscheint wöchentlich drei Mal, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, und kostet einschließlich der Sonntags- und Feiertagsausgaben vierteljährlich 1 Mark 50 Pf. Nummer der Zeitungspostliste 6870.

Besprechungsstelle Nr. 22.
Bestellungen werden bei allen Postanstalten des deutschen Reiches, für Bischofswerda und Umgegend bei unseren Bestellsboten, sowie in der Exped. d. Bl. angenommen.
Abdruckkosten

Insertate, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung finden, werden bis Montag, Mittwoch und Freitag früh 9 Uhr angenommen und kostet die viergespaltene Spalte 10 Pf., unter „Eingeliefert“ 20 Pf. Geringerer Inseratenbetrag 25 Pf. — Einzeln Nummer 10 Pf.

Gesperret

wird vom 15. b./m. 22. d. J. wegen Beschüttung der von Schmölln nach Tröbigau führende Kommunikationsweg. Der Verkehr wird auf den Tröbigau-Buplau-Schmöllner Kommunikationsweg gewiesen.

Bautzen, am 12. Juli 1901.

Rönigliche Amtshauptmannschaft.
Dr. Sempel.

532 H.

Der von Stacha nach Leutwitz führende Kommunikationsweg wird vom 16. dieses Monats ab für den Verkehr wieder freigegeben.

Bautzen, am 13. Juli 1901.

Rönigliche Amtshauptmannschaft.
Dr. Sempel.

425 H.

Die deutschen Kriegervereine.

Im Deutschen Reich gibt es ungefähr 22.000 Kriegervereine mit rund 2 Millionen Mitgliedern. Diese 2 Millionen ehemaliger Soldaten sind in 9 Landesverbänden zusammengefaßt, die in dem Ruffhäuser-Ausschuß ihre Vertretung haben. Unter den Verbänden zählt der Deutsche Kriegerbund, dessen Abgeordnete vor einigen Tagen in Düsseldorf verammelt waren, mit 14.442 Vereinen 1,25 Millionen Mitglieder. Er begreift 19 Landes-Kriegerverbände Nord- und Mitteldeutschlands in sich. Es folgen der Bairische Veteranen-, Krieger- und Kampfgnossenbund, der Königlich Sächsische Militärvereins-Bund, der Württembergische Kriegerbund, der Badische Militärvereins-Verband, der Landesverband der militärischen Vereine im Großherzogtum Hessen, die Schwarzburger Kriegerkameradschaft, der Hamburger Kriegerverband und der Bremische Landes-Kriegerverband.

Man sieht, es handelt sich hier um eine gewaltige Organisation, deren Bedeutung in die Augen springt. In den Kriegervereinen fällt jeder Standesunterschied weg. Je schwerer es durch die Wählererei der Sozialdemokratie den höher gestellten Kreisen gemacht wird, mit der breiten Masse des Volkes Fühlung zu gewinnen, mit desto größerer Genugthuung müssen solche gegenseitigen Bindemittel, wie sie die Kriegervereine thätig machen, begrüßt werden.

In den Kriegervereinen gibt es nur Kameraden — das kommt bei jeder Gelegenheit auch äußerlich zum Ausdruck. Der Hauptmann der Landwehr, welcher seinem bürgerlichen Berufe nach Fabrikbesitzer oder Gutsherr oder Gelehrter oder Großkaufmann ist, rangiert in den Vereinen ebenso als Kamerad wie der Arbeiter oder Tagelöhner. Der Regiments-Kommandeur, welcher mit seinen Offizieren die Versammlungen ehemaliger Regiments-Angehöriger — Kriegervereine — besucht, wie das oft geschieht, verkehrt mit seinen früheren Untergebenen als mit Kameraden. In all den imposanten Massenversammlungen deutscher Krieger der letzten Jahre kam der Geist treuer deutscher Kameradschaft zum Ausdruck, ungekünstelt und unverfälscht, ohne Maske.

Man muß sie selbst mit erlebt haben, die unwüchsigste Begeisterung und die rührende Treue, mit welcher die alten Soldaten an den Erinnerungen des Krieges 1870/71 festhalten. Aus den Einigungskämpfen von 1870/71 ist auch der Gedanke der Kriegervereine in ihrer jetzigen Gestalt hervorgegangen. Darin liegt ihre nationale Bedeutung. Wer in Deutschland national denkt und fühlt, der soll solche Klammern der Zusammengehörigkeit aller Stämme hochhalten.

Was aber den großen nationalen Zweck dient, das muß auch eine politische Bedeutung haben. Die Kriegervereine sollen zwar keine agitatorische Politik treiben, ebensowenig wie sie auf konstitutioneller Grundlage beruhen dürfen; darüber hat jetzt wieder der zweite Abgeordneten-

Düsseldorfer keinen Zweifel gelassen; aber zur Parteilosigkeit, zur Charakterlosigkeit in politischen Dingen sind sie nicht verurtheilt. Die Kriegervereine mit ihrem Wahlspruch „Mit Gott für Kaiser und Reich, für König und Vaterland“ sind ausgesprochen monarchisch gesinnt und eine der festesten Stützen des nationalen Staates.

Die Sozialdemokraten sparen diesen Einfluß bei ihrer Agitation. Da wo in Stadt und Land Kriegervereine bestehen, sind diese vielfach der Mittelpunkt des geselligen Lebens, und das verleiht natürlich nicht eine Wirkung auf weite Volkskreise. Die Sozialdemokratie geht deshalb auch nicht direkt und offen gegen die Kriegervereine als solche vor, sondern sie stellt die Sache meist so dar, als ob man ganz gut Sozialdemokrat und Mitglied eines Kriegervereins sein könnte, weil ja sachungsgemäß die Kriegervereine keine Politik treiben dürfen. Solchen Versuchen, die selbstverständlichen Grundlagen der Kriegervereine zu unterwählen, ihre Ziele zu verwässern, kann nicht entschieden genug entgegengetreten werden. Die Aufgaben des Kriegervereinswesens gehen mit denen des Staates parallel, während sie den Bestrebungen der Sozialdemokratie entgegenlaufen. Darum darf kein Sozialdemokrat Mitglied eines Kriegervereins sein. □

Politische Weltschau.

Der Kaiser hat am Sonnabend Odde, die erste Station seiner diesjährigen Nordlandsfahrt, wieder verlassen und seine Tour mit der „Hohenzoferner“ weiter nordwärts fortgesetzt. Während seines mehrtägigen Aufenthaltes in Odde unternahm der Monarch von dort aus wiederholt Ausflüge, die durchweg vom schönsten Wetter begünstigt waren.

Die Kaiserin ist mit den sie begleitenden kaiserlichen Prinzen mit der Nacht „Ibuna“ in Glücksburg zu einem Besuch der Frau Herzogin Karoline Mathilde von Schleswig-Holstein eingetroffen. Der geplante Aufenthalt der kaiserlichen Herrschaften auf Schloß Wilhelmshöhe bei Cassel ist bis auf Weiteres verschoben worden.

Der Reichskanzler Graf Bülow soll sich nach übereinstimmenden Versicherungen von verschiedenen Seiten von der Nothwendigkeit und Richtigkeit der Diäten für die Reichstagsabgeordneten überzeugt und seine Genehmigung, die Reichstagsdiäten zuzugestehen, ausgesprochen haben. Sollte dem wirklich der Fall sein, so darf man wohl annehmen, daß der Bundesrath unter dem Einflusse des Kanzlers dem bekannten Diätenantrage des Centrums zustimmen wird, zumal derselbe ja vom Reichstage mit großer Mehrheit genehmigt worden ist. Der Bundesrath hat allerdings vor seiner Sommervertagung nicht mehr Zeit gefunden, sich mit dem Diätenantrage zu befassen, so daß die Entscheidung in dieser Angelegenheit bis zur nächsten Session der genannten

Körperschaft verschoben bleibt — hoffentlich findet dann aber die Diätenfrage ihre endgültige Lösung im Sinne der Reichstagsmehrheit, womit diese parlamentarische Seeschlange glücklich aus der Welt geschafft sein würde.

Ueber die Stellungnahme der bairischen Regierung in der Frage der Zolltarifreform waren bislang allerhand unbeglaubigte Nachrichten verbreitet; meistens hieß es, man sei an den maßgebenden Münchener Stellen einer Zollherabsetzung nicht geneigt, eher sei man für eine Zollherabsetzung. Nunmehr hat aber der Vertreter des Ministeriums des Innern in der jüngsten Sitzung des bairischen Landwirthschafts Rathes infolge einer Interpellation die formelle Erklärung abgegeben, die bairische Regierung sei auf der Berliner zollpolitischen Conferenz nicht für eine Erniedrigung, sondern für eine angemessene Erhöhung der Zölle eingetreten, doch lehnte er eine Aeußerung über die Höhe der neuen Zölle ab. Schließlich versicherte der Regierungsvertreter noch, die bairische Regierung habe sich bei dieser ihrer Stellungnahme lediglich von der Rücksicht auf die Interessen der heimischen Erwerbszweige, namentlich der Landwirtschaft und der Industrie, leiten lassen.

Die gesetzliche Regelung der Schulpflicht in ganz Preußen soll nach Meldungen Berliner Blätter endlich in Angriff genommen werden. Wie es heißt, ist im Kultusministerium ein neuer Gesetzentwurf über die Schulpflicht in der gesammten Monarchie fertiggestellt und auch bereits den Provinzialbehörden zugesandt worden.

Im Sachsenwalde bei Friedrichsruh hat am Freitag Nachmittag die feierliche Einweihung des dort errichteten Bismarck-Thurmes in Gegenwart einer größeren Festversammlung, an ihrer Spitze Fürst und Fürstin Herbert Bismarck, stattgefunden.

Vor dem Landgericht zu Posen hat am 11. Juni ein großer politischer Prozeß wegen polnischer Geheimbündelei begonnen. Es sind dieses Hochverrathsvergehens im Ganzen 13 polnische Herren, theils deutsche, theils österreichische und russische Unterthanen, angeklagt, doch hat sich die Mehrzahl von ihnen ins Ausland geflüchtet. Die Angeklagten sind sämmtlich „Akademiker“, und zwar Studierende an verschiedenen deutschen Universitäten und technischen Hochschulen; sie gehören nach ihrem eigenen Geständniß alle der 1896 gegründeten national-polnisch-demokratischen Partei an und sind zugleich Mitglieder des Vereins der polnischen Jugend. Die Anklage bezeichnet es als das Ziel des letzteren, die polnische Jugend zu organisiren und sie im Geheimen darauf vorzubereiten, daß nöthigenfalls mit Gewaltmitteln die früheren polnischen Landestheile zu einem unabhängigen Reiche zu vereinigen seien. Auch sollen Beziehungen zwischen dem polnischen Jugendverein und den Geheimverbindungen unter den polnischen Gymnasialisten bestanden haben. Die Anklage stützt sich auf aufgefangene Briefschaften, Proklamationen,